

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordstraße 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Ott, Düsseldorf, Konfordstraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

## Stunde im Frühling.

Das macht das Herz so seltsam froh und bang:  
Das Leben singt in tausend bunten Liedern,  
Das Dunkle leuchtet, Stimmlos lebt im Klang,  
Ich fühle, hebe — und kann nichts erwidern.

Von allen Seiten bin ich hart umdrängt,  
Ich bin so reich — und bin doch so verlassen.  
Ein jedes Ding hat heute mich beschenkt,  
Ich kann es nur mit einem Blick voll Dank umfassen.

Mich trennt von mir und meinem Alltagsun  
Ein uferloses Meer, das Stille weitet,  
Auf dessen Grund die dumpfen Tage ruh'n,  
Daraüber meine Seele wie ein Schiffelein gleitet.

Hrnr. Lersch.

## Unsere Maifeier — kein „Fest des Klassenkampfes“.

Der 1. Mai ist von der internationalen sozialistischen Arbeitererschaft stets als ein Feiertag aufgefaßt worden, an dem das „Klassenbewußte“ Proletariat für seine revolutionären Ziele demonstriert. Diesem war das Ziel die Erringung des Sozialismus. Der 1. Mai war immer ein Tag politischer Demonstration. Von der Sozialdemokratie wurden alle diejenigen Arbeiter zur Maifeier aufgerufen, „die sich auf den Boden des Klassenkampfes, der Diktatur des Proletariats zur Erzielung des Sozialismus stellen“. So war der 1. Mai für die Sozialdemokraten ein Tag, an welchem die Parteiangehörigen für das gesamte sozialistische Wirtschafts- und Kulturideal demonstrierten. Senes Ideal, welches ein revolutionäres Endziel hatte und in der Kampfansage gipfelte, „wir sind

die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft“; ein Ideal, welches auf dem Boden der materialistischen Welt- und Lebensauffassung fußt. Als „Fest des Klassenkampfes“ wurde der 1. Mai von der sozialdemokratischen Presse selbst wiederholt bezeichnet. Für uns als christliche Arbeiter und Arbeiterinnen kann ein „Klassenkampffest“ niemals in Frage kommen.

Von der mehrheitssozialistischen Presse ist nach den politischen Geschehnissen im November 1918 in der Frage der Maifeier eine weniger extreme Auffassung vertreten worden. Diese Presse ist in ihren Maifeierartikeln im vergangenen Jahre für einen gerechten Frieden, für den Völkerbundfrieden und Völkerbund, ferner für den internationalen Arbeiterschutz eingetreten. Dieselbe Begründung wurde von den sozialdemokratischen Führern noch im vergangenen Jahre in der deutschen Nationalversammlung ihrem Antrag auf Einführung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gegeben. Bekanntlich beschloß die Nationalversammlung dann auch, daß wenigstens am 1. Mai 1919 die Arbeit im ganzen Reich ruhen soll. Mit diesen Forderungen der mehrheitssozialistischen Richtung können auch wir christlich-nationale Arbeiter und Arbeiterinnen uns einverstanden erklären und für einen gerechten Frieden, für den Völkerbundgedanken und für den internationalen Arbeiterschutz ebenfalls eintreten. Es besteht für uns durchaus kein Grund, den 1. Mai nicht zu feiern. Wo es aber geschieht, wollen wir den 1. Mai auf unsere Art feiern. Dieser Tag hat für uns doch immerhin einen ganz anderen Inhalt und eine ganz andere Bedeutung als wie für die Arbeitererschaft, welche der sozialdemokratischen Richtung angehört. Bei der Stellungnahme zu dieser Frage kommen für uns noch ganz andere Gesichtspunkte in Betracht.

Wir christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Ziele der Sozialdemokratie von jeher abgelehnt. Darin hat sich auch bis heute nicht das mindeste geändert. Im Gegenteil,

das verbrecherische Treiben der ganz linksradikalen, besonders in den letzten Wochen hat uns erneut mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß unsere christliche Arbeiterbewegung von diesen Freiheitsräubern und von diesen Erziehern zur Gesinnungsstumperei gar nicht weit genug abzuwenden kann. Die Trennungslinie zwischen uns und der unabhängig-kommunistischen Sozialdemokratie kann gar nicht

schon genug gezogen werden. Wir stehen eben auf einem anderen Boden, und darum treten wir am 1. Mai für unsere Ideale ein. Wir sind eine Bewegung, welche voll und ganz für die Interessen der Arbeiter eintritt. Mit allem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit sind von uns in der Vergangenheit die Rechte und Forderungen der Arbeitererschaft vertreten worden. Ein Beweis hierfür ist das Zeugnis zahlreicher Gegner. Der beste Beweis ist aber die Tatsache, daß weit über eine Million deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen unsern Verbänden beigetreten sind. Die Bewegung wird auch in der Zukunft dieses Vertrauen Hunderttausender durch macht- und kraftvolles Eintreten für die Forderungen der Arbeitererschaft rechtfertigen.

Wir christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen uns mit Abscheu abwenden von einer Bewegung, die keine aufbauende Gewerkschaftspolitik, sondern nur Zerstückelungsarbeit im Volks- und Wirtschaftsleben betreibt. In allen Stürmen der Vergangenheit hat die christliche Arbeitererschaft den Willen für eine gesunde Staats- und Wirtschaftspolitik bekundet. Darum setzen wir uns auch mit aller Entschiedenheit zur Wehr

### gegen die Errichtung einer revolutionären Diktatur der Linksradikalen

nach russischem Muster. Die Plünderungen und Gewalttätigkeiten der Revolutionäre im Westen und in Sachsen zeigen uns mit erschreckender Deutlichkeit, wohin wir in Deutschland mit einer Spartakistenwirtschaft kommen würden. Niemals wurde in Deutschland ein größerer Gesinnungsterror ausgeübt, selbst von den allergroßten Scharmachern wurden zu keiner Zeit die Arbeiter schlimmer bedrückt und besonders in ihrer Koalitionsfreiheit beengt und behindert, als wie das in den letzten Wochen von den unabhängig-radikalen geschehen ist. Unter dem Druck der Bajonette, der Handgranaten und Maschinengewehre wurden christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen, gegen ihre Ueberzeugung sich den sozialdemokratischen Verbänden anzuschließen. Gegen diese brutalen Gewaltakte wollen wir auch am 1. Mai den allerschärfsten Protest erheben. Wir fordern im neuen Deutschland wahre Demokratie und wirkliche Freiheit und werden uns auch für die Folge auf das alleräußerste zur Wehr setzen, wenn man nichtsozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihren Willen in sozialdemokratische Organisationen hineinpressen sollte.

Wir wollen in Deutschland eine vom christlichen Geiste getragene Volkskultur. Wir wollen eine wahre und ehrliche Demokratie,

### keine Rechts- und keine Linksdiktatur.

Eine echte und wirkliche Freiheit verlangen wir, keine Zügellosigkeit und Lösung aller Bande der staatlichen Ordnung. Wir fordern für alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen eine uneingeschränkte Vereinigungsfreiheit. Unter allen Umständen muß allen christlich denkenden Arbeitern und Arbeiterinnen das Recht eingeräumt und sichergestellt werden, sich gemäß ihrer Ueberzeugung unsern christlichen Gewerkschaften anzuschließen und sich darin frei und ungestört zu betätigen.

Wir erkennen auch an, daß in wirtschaftlichen Fragen die Arbeiter aller Länder weitgehende gemeinsame Interessen haben. Aus dieser Erkenntnis heraus versuchen die christlichen Gewerkschaften auch internationale Verbindungen mit den christlichen Gewerkschaften außerdeutscher Länder anzuknüpfen. Unzutreffend ist aber die Behauptung der Sozialdemokratie, die Arbeiter aller Länder seien Brüder, wenigstens in dieser sozialdemokratischen Auffassung. An den Vorgängen der letzten Wochen haben wir doch deutlich genug erkennen können, daß diese Auffassung noch nicht einmal für die sozialistisch gesinnten Arbeiter Deutschlands gilt! Schon seit Jahren bekämpfen sich die verschiedensten Richtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie auf das heftigste. Aber auch

die Einigkeit in der sozialistischen Internationale ist ebenfalls wiederholt in die Brüche gegangen und hat besonders in den letzten Jahren immer und immer wieder verjagt. Wo war die rote Internationale, z. B. bei Ausbruch des Weltkrieges? Wo war sie bei Beginn der

deutschen Revolution im November 1918? Und wo war sie noch in der allerletzten Zeit gelegentlich der Besetzung des Maingaues durch die Franzosen?

„Das Schicksal dauernder Versklavung wäre mit der Zeit abzuwenden, wenn die deutschen Sozialisten ihren fürchterlichen Irrtum einsehen und erkennen würden, daß bei anderen Völkern immer zuerst und nochmals und zum dritten Male das nationale Interesse und dann erst die internationale Solidarität kommt“, so schreibt treffend ein Sozialdemokrat, nämlich der vormalige Vorsitzende des sozialdemokratischen Buchhändlerverbandes Emil Klotz in einem Schriftchen, betitelt: „Ein Jahr Rede- und Karerpublik“. Und Genosse Philipp Scheidemann, jetzt Oberbürgermeister von Kassel, hat noch in diesen Tagen in einer Versammlung öffentlich erklärt, „daß es

### für die deutschen Sozialdemokraten am allerschwerlichsten

wäre, daß sich die französischen Sozialisten gegen eine weitere Besetzung deutschen Gebietes nicht zur Wehr gesetzt hätten“. Das ist die sozialistische internationale Solidarität. Und bei sozialistischen Maifeiern wird diese sozialistische Internationale und der internationale Sozialismus in den höchsten Tönen gebriesen.

Wir treten am 1. Mai für unsere Ideale ein. Wir verlangen im Wirtschaftsleben die Ueberwindung des Kapitalismus und seine Ablösung durch gemeinwirtschaftlichen Solidarismus; verlangen, daß der Arbeiter gleichberechtigt und Produktionsgehilfe des Arbeitgebers sein soll; wir wollen Gerechtigkeit und Liebe, entsprechend unserer christlich-sozialen Auffassung; eine Verbesserung der Zustände auf dem Boden der uralten Ideale lebensstarken Christentums. So soll auch der 1. Mai für uns ein Tag sein, an dem wir ernst und ruhig zum Ausdruck bringen, daß wir eine Bewegung sind, welche voll und ganz für die Interessen der Arbeitererschaft eintritt, andererseits aber auch ihre eigenen Ideale hat, Ideale, welche in der jetzigen Zeit des moralischen Niederganges am besten eine innerliche Wiebergeburt unseres Volkes und damit die Schaffung wirklich gesunder sozialer Zustände gewährleisten.

## Die wirtschaftliche Lage Deutschlands

hat durch den Militärputsch einen gewaltigen Schlag bekommen. Der Putsch hatte bekanntlich den Generalstreik zur Folge. Nicht nur in Berlin, sondern in allen Industriezentren, auch auf dem Lande suchte man durch Arbeitsniederlegung Kapp und Lüttich zum Abtreten zu zwingen. Das ist auch halb gelungen. Aber die Folgen werden noch lange nachjammern. Der Generalstreik ist ein zweischneidiges Schwert. Mit der einen Seite hat er Kapp-Lüttich niedergemacht, mit der anderen Seite hat er aber das eigene Volk getroffen und verlegt. Schon ein blühendes Wirtschaftsleben kann einen langen Generalstreik, an dem besonders der Bergbau und das Verkehrswesen beteiligt sind, nicht ertragen oder seine Folgen nur schwer überwinden. Wieviel mehr muß ein Wirtschaftsleben wie das deutsche darunter leiden, das bereits aus tausend Wunden blutet. Es muß offen ausgesprochen werden: Manches hätte besser gemacht werden können von unserer bisherigen Regierung, aber ebenso muß zugegeben werden, daß die Verhältnisse zum Teil stärker waren als die Menschen, daß vieles nicht besser gemacht werden konnte, weil das deutsche Volk selbst — Landwirtschaft, Handel, Industrie und Konsumenten — den verschiedenen Maßnahmen stärksten Widerstand entgegensetzte und sich nur in Priisk erging. Manches konnte, aber auch nicht besser gemacht werden, weil wir nicht Herr im eigenen Lande, sondern von der Entente abhängig sind. Es sei nur an das Bestreben erinnert, eine Grenzkontrolle zu errichten, eine Eis- und Ausführregelung vorzunehmen, das sogenannte Loch im Westen zu stopfen und dergleichen mehr. Trotz aller Schwierigkeiten waren wir aber in den letzten Wochen auf dem Wege der Besserung. Gerade am Sonnabend des Kapp-Putsches ließ die Meldung ein, daß die Entente bezw. die Rheinlandkommission unsere Ausfuhrverbotgesetze genehmigt hat. Damit war das Loch im Westen wenigstens in Bezug auf die Ausfuhr zu. Infolge der Verkehrsruhen konnten aber nicht die für uns günstigen Konsequenzen gezogen werden. Unsere Eis- und Ausfuhr nahm günstige Gestalt an, die Arbeitslosenziffer ging zurück, die Beschäftigung der Industrie nahm zu, der Marktwert stieg, das Vertrauen im Ausland wuchs.

Die Produktion im Innern, sowohl bei der Landwirtschaft wie bei der Industrie nahm eine Aufwärtsbewegung an. Aber manchen Leuten ging es nicht schnell genug, besonders denen, die die meiste Opposition trieben, sich nur in Kritik ergingen, fortwährend Preiserhöhungen verlangten, Aufhebung der Zwangswirtschaft und Freigabe der Produktion forderten, den Schleichhandel begünstigten und dergl. mehr. Am 13. März versuchte man es mit einer Eisenbarrikade. Einige Quertöpfe wollten die Regierung kürzen, eine neue bilden und glaubten, wie sie wenigstens behaupten, dem deutschen Volk einen Dienst zu erwiesen. Welchen Dienst sie ihm erwiesen, sehen wir jetzt, sehen wir an den Wirkungen dieses Putzsches Kapp-Zutritts haben ungefähr gewirkt wie ein Elefant in einem Porzellanladen. Das deutsche Volk wird die Wirkungen noch auskosten haben. Das Vertrauen im Ausland ist gesunken. Unsere Balata sank in den ersten Tagen der Umsturzbeziehung ganz rapide. Holland hat sofort die bereits vorliegenden Warenangebote zurückgezogen, auch Dänemark hat Schwierigkeiten gemacht, bezw. Sicherheiten verlangt. Die in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Beschaffung von Rohstoffen, besonders Textilstoffen, sind unterbrochen worden. Das Ausland hat die Vorgänge benutzt, einen Preisdruck auszuüben. Der Produktionsausfall ist ein gewaltiger, desgleichen der Ausfall an Arbeitsblößen. Die Kohlenförderung ist wesentlich zurückgegangen. Die Wagengestellung sank an einigen Tagen um die Hälfte. Im Duisburger Hafen, in dem sonst 20-30 000 t täglich verladen werden, ruhte die Arbeit vier Tage völlig. Auch in anderen Häfen ging der Umschlag um mehr als die Hälfte zurück. Die Getreidelieferung kam ins Stocken, desgl. die Fleisch- und Kartoffellieferungen. Die Gestellung von Wagen für Kartoffelsaft um die Hälfte, die Getreidelieferung, die am Freitag vor dem Putzschtag noch 10 000 t betrug, sank auf 3 000 t am Dienstag nach dem Putzsch. Die Ablieferungen auf dem Lande stockten, wahrscheinlich infolge der Proklamation der neuen Regierung, daß die Zwangswirtschaft aufgehoben werden soll. Es stehen sich noch andere Wirkungen aufzählen. Die wenigen Andeutungen genügen, um zu beweisen, daß die wirtschaftliche Lage durch den Militärputsch wesentlich verschlechtert wurde. Manches wird überhaupt nicht wieder gut zu machen sein. Glücklicherweise hat die Kappherrlichkeit nicht lange gedauert, dann hätte das unseren Zusammenbruch bedeutet. Die Bevölkerung im Ruhrrevier verspürt die Wirkung noch heute in recht empfindlicher Weise und das, was sich jetzt im Ruhrrevier ereignet, bekommt auch noch die übrige Bevölkerung zu spüren, weil wir ohne das Ruhrrevier unser Wirtschaftsleben nicht aufrecht erhalten können. Hoffentlich gelingt es, bald wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Um Wochen und Monate sind wir zurückgeworfen, die Folgen wird die minderbemittelte Bevölkerung am meisten zu spüren bekommen.

### Möglichkeiten der deutschen Handelspolitik.

Vor dem Kriege standen wir bereits in mehr oder weniger lebhaften handelspolitischen Erörterungen. Zwar liefen die seit dem Jahre 1906 geltenden Zölle und Handelsverträge erst mit dem 1. Januar 1918 ab. Aber zu deren zweckmäßigen Neuabschluss bedurfte es frühzeitig eingehender Vorbereitungen, Besprechungen und Beratungen, die angesichts des Zieles und der schwerwiegenden Interessen, die dabei auf dem Spiele standen, nicht eingehend und fachverständig genug sein konnten. Mühte es sich doch, den Sach Vügen zu strafen, daß wir wohl von Jahr zu Jahr steigende glänzende Handelsziffern hätten, aber nicht entsprechende Handelsverträge. Durch all diese Vorbereitungen zur Erneuerung unserer Handelspolitik als Hauptgrundlage und Förderungsmittel unserer Wirtschaft zugleich hat der Krieg nun einen Strich gemacht und zwar einen dicken Strich. Durch den Friedensvertrag von Versailles sind wir für mehrere Jahre unserer handelspolitischen Selbstständigkeit beraubt. Die Bedingungen des Handelsverkehrs sind uns vorläufig vorgezeichnet, und was werden wird, wenn wir erst einmal wieder frei sind, liegt in ziemlich unbestimmter Zukunft.

Es wäre jedoch völlig verkehrt, wollten wir nun ergebungsvoll das Schicksal über uns hinweggehen lassen. Als ein Land, das bereits vor dem Kriege in höchstem Maße auf den internationalen Handelsverkehr angewiesen war und vor allem auch jetzt nach demselben die Ausfuhr in ergiebigem Maße pflegen muß, um unsere Verbindlichkeiten aus dem Friedensvertrag erfüllen zu können, müssen wir uns über unsere derzeitige und künftige handelspolitische Lage klar werden. Einen dahin gehenden dankenswerten Versuch hat der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. R. Schneider, in einem eingehenden Vortrag über Möglichkeiten der deutschen Handelspolitik auf der konstituierenden Versammlung des Hauptauschusses in der ersten Hälfte des Oktober gemacht, der nunmehr in den Veröffentlichungen des Reichsverbandes gedruckt vorliegt und verdient, nicht bloß von den Interessenten, sondern allgemein beachtet zu werden. Der Verfasser legt nämlich nicht nur auf Grund der vertraglichen Festlegungen von Versailles den heutigen Stand der Dinge dar, sondern untersucht auch mit fachverständigem Blick, wie wir nach den Jahren der Bindung wieder zu einem handelspolitischen Eigenleben gelangen können und was wir tun müssen, um dieses dann für uns einigermaßen günstig zu gestalten. Bezüglich der Einzelheiten müssen wir auf die nach jeder Richtung hin klaren und auch für den handelspolitischen Laien leicht verständlichen Darlegungen des Verfassers verweisen. Zusammenfassend wird man sagen können: Durch den Versailler Vertrag werden die handelspolitischen Möglichkeiten Deutschlands auf mindestens fünf Jahre überaus eingeengt. Deutschland wird einseitig die Pflicht zur Meistbegünstigung aller alliierten und assoziierten Staaten auferlegt. Einseitig müssen wir die Meistbegünstigung gewähren; uneingeschränkt jede

Begünstigung oder Zollermäßigung, die wir irgend einem Lande gewähren, in vollem Umfang sofort auch für die alliierten und assoziierten Staaten in Kraft treten lassen, ohne daß diese irgend welche Verpflichtungen zu einer Gegenleistung haben. Für sechs Monate vom Inkrafttreten des Friedensvertrages an tritt sodann der ganze deutsche Zolltarif gebunden. Wir dürfen sechs Monate lang gegenüber allen beteiligten alliierten und assoziierten Staaten keine höheren Zollsätze anwenden als am 31. Juli 1914 in Kraft gewesen sind, d. h. als die Zollsätze unseres Vertragstarifes. Und zweitens bestimmt Artikel 269 des Friedensvertrages, daß alsdann 30 Monate lang, also bis drei Jahre nach Friedensschluß ein erheblicher Teil unseres Zolltarifs gebunden bleibt. Dies gilt vor allem für die deutschen Agrarzölle. Nunmehr wäre ein neuer Zolltarif für Deutschland möglich und auch neue Handelsverträge. Als dann drei Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages hat Deutschland zwar die volle Zollautonomie, es muß jedoch Eskalationsvorbringen und Luxemburg noch zwei Jahre lang Zollfreiheit gewähren und ebenso zwei Jahre lang die einseitige und uneingeschränkte, unkündbare Meistbegünstigung ohne Gegenleistung geben. Endlich fünf Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages hat der Rat des Völkerbundes über Ablauf oder Einschränkung dieses einseitigen Meistbegünstigungsverhältnisses zu beschließen. So ist unsere Lage nach Dr. Schneider die folgende: „Wie liegen am Boden wie einer, über den der Wagen des Unglücks hinweggerollt ist, und der nun seine Knochen bejährt und sich den Schaden besieht, was noch ganz ist. Viel ist nicht mehr ganz! Wir müssen zunächst einmal im Gipsverband liegen, sechs Monate star und unbeweglich, dürfen kein Glied rühren, dann 30 Monate etwas Bewegungsfreiheit, aber gebundene Hände, dann eine Autonomie, die auf dem Papier steht, denn wir bleiben wehrlos und bleiben Lohnsklaven der Welt.“

Da für die erwähnte zweite Periode von 30 Monaten die Zollsätze für die hauptsächlichsten Positionen gebunden bleiben, müssen wir, um zu neuen Handelsverträgen zu kommen, unmittelbar unter die erzwungenen Sätze der früheren Handelsverträge heruntergehen. Das wäre der eine Weg zu einer Handelsvertragspolitik, der uns jedoch dem Freihandel nahe brächte. Der zweite wäre die Spezialisierung unseres Tarifs, d. h. die verschiedenen hohen Zollsätze bei der gleichen Ware nach Fabrikation, Ländern oder nach Qualitäten. Der Zweck einer solchen Spezialisierung ist, die in einem Lande zu gewährenden Meistbegünstigung dadurch zu verhindern, daß Tarifermäßigungen bei einem anderen an besondere Beschaffenheitsmerkmale einer Ware gebunden werden, die eben bei der Ware des zu begünstigenden Landes nicht vorhanden sind. — Abgesehen von diesen allerdings schmalen Wegen zu einer etwaigen Handelsvertragspolitik in der zweiten Periode können wir vor der dritten, die uns die Autonomie wieder bringt, an dem wesentlichsten Teil unseres Zolltarifs nichts ändern. Dagegen bleibt uns zur Regulierung unserer Ein- und Ausfuhr die Möglichkeit entsprechender Verbote, Ausfuhr- und Einfuhrverbote, die vorerst wohl für unsere Wirt-

### Heilige Arbeit.

Selig, die in Werkstatt und Maschinenräumen  
Bei des Dampfes heißem Singen  
Mit gewandten, starken Händen  
Werke schaffen und vollenden,  
Geist in Formen zwingen,  
Daß wir staunend stehen vor immer neuen Dingen,  
Wie wir sie oft nie erdacht in süßsten Träumen. —  
Selig, die nach harter Arbeit, Mühs' und Schweiß  
Abends noch mit frommem Händesalben  
Zwiegespräch mit ihrem Gotte halten:  
Ihnen blüht der Erde Dank und Preis.  
Peter Bauer, Darmen.

### Aus dem vorbildlichen Leben einer Weberin.

Wenn wir — alle sind wir daran schuld — uns mehr als eine große Volksgemeinschaft betrachten hätten, wenn wir in Deutschland das Leben im Lichte des Gemeinschaftsgebanten betrachten, danach gelebt und getrebt hätten, würde ein besseres Verstehen eingetreten sein. Aber es war so ganz anders. Und so hatte die Zeit, die Verhältnisse, freieres Spiel, an der Vergrößerung der Klassengegensätze beizuragen. Heute stehen wir vor einer gähnenden Kluft, die zum großen Teil die Verantwortungslosigkeit der Volksgenossen untereinander mit aufgezogen hat. Und statt einer Zusammenfassung aller Kräfte, die uns zur Neu- und Umgestaltung unseres ganzen Volkslebens so bitter not tate, lehrt uns gerade in den letzten Wochen die Sozialdemokratie und ihre geistigen Kinder, wie man gerade das Gegenteil erreicht, wie man löbliche Volkskräfte noch weiter verliert, und sich gegenseitig noch weiter entfremdet. Diktatur des Proletariats!

Die christlichen Gewerkschaften haben, entgegen der Sozialdemokratie, die immer den Klassenkampf predigte, von jeher auf dem Boden der Verständigung, der Gemeinschaftsarbeit, gestanden, weil sie das Christentum nicht anders auslegen konnten. Und dieser wahrhaft christlich-soziale Geist, den wir heute mehr denn je brauchen, haben uns die ersten Führer schon vorgelebt. Daß dieser Geist noch heute in unseren Reihen lebendig ist, beleuchtet in wenigen Worten das Lebensbild einer christlichen Textilarbeiterin, die vor wenig Wochen im Schicksal der Arbeiterinnen starb und der die Neuland-Zeitung

einen Nachruf widmet; ein glänzendes Zeugnis für eine wahrhaft christliche Gewerkschaftlerin. Wir entnehmen ihm in kurzen Zügen folgendes:

„Aus einer alten Webermeisterfamilie stammend, hatte sie von ihren 54 Lebensjahren 40 Jahre in einer Feinweberei zugebracht. Das Erbe ihrer Eltern war: Gottvertrauen, Liebe zum Glauben, Hochschätzung jeglicher Tugend, Herz und Gemüt für die Notlage armer Weberfamilien und Fabrikbevölkerung, praktische hauswirtschaftliche Kenntnisse und feines soziales Empfinden und Verstehen für alle menschliche Not. Sie war mit reichen Talenten begabt, die sie durch Lesen und Kurse fortbildete. Eifrige Helferin war sie in den Missionsvereinen verschiedener Art. Was sie dafür an Dienstleistungen und persönlichen Opfern aufgewendet hat, weiß Gott allein. Die Ausgestaltung und Abrechnung der Wohltätigkeitsvorstellungen lag jahrelang in ihren heiligen Händen. Abergernisse und Mißverständnisse ließen ihre Geduld und ihren Opfermut manchmal auf eine harte Probe. Doch immer nahm sie aufs neue ihre sozial-caritative Hilfsmission mit allen Freuden und Weichwerden wieder auf. In den verschiedensten Vereinen: im Arbeiterinnenverein, in Karlen, bei Proben der verschiedensten Art in den Vereinen, im Jugendbund, in der Trinkerfürsorge, in der Wohlfahrtspflege stand sie mit an der Spitze. Überall sind die Spuren ihrer segensreichen Arbeit zu finden.“

Als begeistertes Vorstandsmitglied der christlichen Gewerkschaften arbeitete sie rastlos und vorbildlich in Agitation und in der Leitung. Alles war ihr hier Herzenssache. Manchen Strauß wußte sie an der Arbeitshütte aus, wo es galt, den Glauben, Kirche, Priester und Mönche gegen Angriffe, Beschimpfungen und Mißverständnisse zu verteidigen. Sie besaß die christliche Religion der Tat. Ihre Redebegabung, Schlagfertigkeit und ihr Mut in der Diskussion mit Gegnern der christlichen Weltanschauung war für eine solche Weberin bewundernswürdig. So mancher mußte gestehen, daß er werden will nicht fertig. Das Vertrauen der hiesigen Zentrumsfraktion berief sie darum bei den letzten Kommunalwahlen als erste Vertreterin der katholischen und christlichen Arbeiterschaft ins Stadtparlament, wo sie in den wenigen Monaten regen Anteil an den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlungen und unserer jungen Zentrumsfraktion, sowie der Armendeputation und Lebensmittellkommission genommen hat.

Auch die Blindenfürsorge des katholischen Caritasverbandes ruhte in der Hauptsache auf ihren Schultern. Sie oft holte sie die Blinden um Gottesdienst.

den Sitzungen der Blindensektion ab. Mit mütterlichem Herzen war sie besorgt, Freude und Sonnenschein in die Familien der armen Fabrikarbeiterinnen zu bringen. In größeres Glück kannte sie, als still und verborgen Gaben und Spenden stiller Wohltäter zu verteilen, insbesondere den verächtlichen Armen der hiesigen Arbeiterschaft, den Trinkerfrauen und Trinkerkindern und ihren besonderen Lieblingen, den Blinden. So ließen sich aus jedem einzelnen Gebiete liebliche stille Blümlein pflücken und winden zu einem duftenden Bergknechtchenklein dankbarer Vereinsmitglieder ihrer lieben Vereinsmutter auf das stille Grab zu legen, an das die hiesige katholische Pfarrgemeinde oft treten und etwas von dem hochgemuteten Geist der Entschlafenen sich holen möge, damit die große Bürde, welche der Tod dieser seltenen Führerin und Helferin gerissen, durch neue Hilfskräfte ausgefüllt werde. Gern hätte sie noch die Errichtung des katholischen Arbeiterinnenheims erlebt, für das sie bisher etwa 5000 Mark sammelt half. Dort wollte sie als Vereinsmutter ihr Leben beschließen. Gott wollte es anders!

Fürwahr, das Ideal einer christlichen Gewerkschaftlerin tritt uns aus diesen kurzen Mitteilungen entgegen. Wir sind stolz darauf, daß eine solche reiche Seele zu uns gehörte und bedauern mit unserer dortigen Ortsgruppe den Verlust einer so vorbildlich tätigen Kollegin.

Ihr Leben steht als ein leuchtendes Vorbild praktischen Kathizismus vor uns. Möchten doch viele unserer Kolleginnen einmal mit sich zu Rate gehen und zu der Einsicht kommen, daß ein Leben, so gelebt, überaus kostbar und wertvoll ist und daß es auch dazu beitragen kann, Klassengegensätze zu überbrücken. Einer solchen Arbeiterin wird niemand Hochachtung und Wertschätzung verlagen.

Wir haben wenig Biographien, echte wahrheitsgetreue Lebensbilder vorbildlicher Arbeiterführer und Führerinnen. Haben wir solche überhaupt? Ja, wir sehen es an obigem Lebensbild, das wir nur in kurzen Strichen zeichnen konnten und das uns ein günstiger Zufall überhaupt in die Hand gab. Wie wäre es, wenn wir noch mehr solcher prächtiger Menschen, die ja meist im verborgenen Leben, entdecken würden?

Wir brauchen große Vorbilder! Wir brauchen in diesen Tagen doppelt solche Heldengestalten. In unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, die das Salz der Arbeiterbewegung ist, wie die „Soziale Praxis“ vor einiger Zeit schrieb, haben wir praktisch christlich-soziale Grundlage. Sie zu leben, sind wir alle berufen! Christine Högens.

Wirtschaftspolitisch unentbehrlich bleiben, werden nämlich durch den Friedensvertrag nicht unmöglich gemacht, solange sie nur in ihrer Handhabung nicht gegen die Meistbegünstigung der alliierten und assoziierten Staaten verstoßen. Ohne Aus- und Einfuhrverbote würden wir gegen die maßlose, überaus gefährliche Masseneinfuhr von Fertigwaren und Luxuswaren völlig wehrlos sein und ebenso haben wir nur dieses Mittel in der Hand, um der gegenwärtigen verhängnisvoll gesteigerten Ausfuhr unentbehrlicher Rohstoffe, von Getreide, Kohle, Säuren, Leder, Metallen nach dem Auslande wenigstens einigermaßen entgegenzutreten. Das gleiche Mittel muß uns dienen, um die Schieuderausfuhr von Fabrikaten einzudämmen. Während wir aber vorläufig in unseren Zollsätzen gegenüber dem Auslande gebunden sind, damit letzteres nach seinem Belieben bei uns einführen kann, macht gegen unsere Waren das Ausland durch Differenzierung sowie durch Zollzuschläge die Türe zu. Und doch soll Deutschland seinen gewaltigen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande nachkommen! Nur eine Revision der Friedensvertragsbestimmungen einschließlic der handelspolitischen kann diese Möglichkeit schaffen. Das muß das nächste Ziel unserer Bemühungen sein. Als weiteres käme sodann die Schaffung eines Zolltarifes sowie der Abschluß neuer Handelsverträge. Dies wird nicht leicht sein. Um so notwendiger ist es, daß zeitig entsprechende Vorarbeit geleistet wird, namentlich durch Heranziehung von Sachverständigen zu den Vorbereitungsarbeiten der Regierung. Vor dem Krieg waren Handel und Industrie nach dieser Richtung hin sehr unzufrieden. In dem Bericht, den der langjährige Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Bueck, auf dessen Delegiertentag im April 1910, über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der internationalen Zoll- und Handelspolitik erstattete, hat dieser unter den besonderen Gründen, weshalb die Industrie bei den letzten Handelsverträgen ihre Interessen als nicht genügend berücksichtigt ansehen könne, den genannten, „daß wir nicht mit der genügenden Vorbereitung in die Verhandlungen eingetreten sind, und daß unsere Handelsvertragsverhandlungen in der Hauptsache von Beamten geführt wurden.“ Die Beamten mögen die besten, die vorzüglichsten, mit den hervorragendsten Eigenschaften für ihr Amt ausgestatteten Herren sein. Aber die Einzelheiten, die feinen Spezialitäten in einer so komplizierten, so außerordentlich entwickelten und fortgeschrittenen Industrie zu beherrschen, ist für einen Beamten unmöglich. Das können nur Sachverständige, die mitten im industriellen und gewerblichen Leben stehen und tagtäglich damit zu tun haben. — In dem Wirtschaftsrat und dem Reichsverband der deutschen Industrie sind die Orientierungs- und Beratungsstellen für die handelspolitische Wiederaufbauarbeit geschaffen.

Dr. van den Boom.

### Bodenreform und Heimstättenrecht.

Von dem Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt, hinter dem sämtliche deutsche Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren etwa 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht uns der folgende Aufruf zu:

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft!

Wie war die Entwicklung bisher?

Arbeiter, Angestellte und Beamte forderten höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Notenspreise ging schneller. Mehr Geld, weniger Löhne unter die Leute. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Unzufriedenheit und Arbeitslosigkeit — wieder Lohnherabsetzung — wieder Steigen der Preise! Unruhen, Bruderkämpfe! Soll es so weitergehen? Nein und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und der Gerechtigkeit. Eine unverrückbare Voraussetzung dazu ist die Befreiung des Bodens von einem falschen Recht, das ihn, die Quelle alles Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten!

Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienstbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Netz von Garten umgeben sein!

Kann zurzeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug oder sogar als Spekulationsland brach liegen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtstündigen Berufsarbeitszeit feierten. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt, das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dulden wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken!

Dulden wir keine planlose Vergeudung, keinen Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen.

Die Bodenspekulation hat unser Volk zermürbt! Teurer Boden bedeutet Mietskafernen, in denen in überfüllten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer

Kinder vernichtet wird. Nur auf billigem, vor Wucherhänden geschütztem Boden können Heimstätten errichtet werden.

Nur solche Volkregierung hat Aussicht, bestehen zu bleiben, die jetzt sofort zur rettenden Tat schreitet! Als erste soziale Tat fordern wir: Befreiung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstättenrecht!

Kein Heimstättenrecht aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln Recht und Pflicht hat, eine Stelle, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine eheliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättenamts.

Boden darf nur nach einer Stätte der Arbeit und niemals mehr eine Quelle arbeitslosen Vermögens sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Ausgehörrecht derjenigen übergehen, die ihn als Heimstättenland benutzen wollen. Wer bereits Laubeiland als Pachtland hat, die soll ein Vorrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben.

Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Volkswohl über Spekulantwohl! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

Deutscher Gewerkschaftsbund. — Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. — Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften). — Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände. — Gewerkschaftsbund der Angestellten. — Deutscher Beamtenbund.

### Allgemeine Rundschau.

**1000 Mark Belohnung.**

Sichern wir demjenigen Anhänger der „unabhängigen“ oder kommunistischen Partei zu, der uns lückenlos nachweist, wie viele Richtungen zur Zeit in diesen Parteien bestehen und was jede einzelne Richtung will.

Dieselbe Belohnung sichern wir demjenigen Radikalen zu, der uns überzeugend nachweist, daß es keinen noch radikaleren gibt als ihn.

Die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“.

So zu lesen in einem Inserat der mehrheitssozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ in Köln. Sie spotten ihrer selbst!

Schließlich sind aber doch diese vielen linksradikalen Parteien und Richtungen alle ohne Ausnahme Kinder der Mehrheitssozialdemokratie. Sie sind eine Folge des verhängnisvollen Einflusses der sozialdemokratischen Agitation. Soweit mußte es kommen, nachdem man von seiten der Sozialdemokratie das Volk in eine geistige Verfassung hineingebracht hatte, in der nichts anderes mehr übrig blieb als Verzweiflung, Empörung, Revolution und Herrämmerung. Und das ist es ja letzten Endes auch, warum denkende Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders nach den furchtbaren Geschehnissen der letzten Zeit, immer mehr von der Sozialdemokratie abrücken und sich unserer Bewegung anschließen.

**Gewisse Leute**

spielen tatsächlich mit dem Gedanken, daß die Herrschaft der Bolschewisten sich ausdehnen werde, daß die rote Armee Rußlands ganz Europa überfluten werde. Und doch kriegen sie schon ein Gruseln und eine Gänsehaut, wenn sie daran denken. Und doch liebäugeln sie mit dem Gedanken und flüstern ihrem Nachbar zu, daß es kommen muß und kommen wird.

Nein, es muß nicht so kommen und es wird nicht so kommen, wenn wir auf der Hut sind, wenn wir alle Kräfte mobil machen, wenn alle mit Argusaugen sich selbst vor allen Dingen einmal bewachen, damit kein bolschewistischer Stiefstock in ihnen eindringt, wenn alle diese dummen Nachredeereien etwas mehr einstellen wollten, die gewissenlose Ausländer verbreiten. Wir müssen uns wieder einmal darauf besinnen, daß in einem einzigen Volk keine Breiche zu schlagen ist und daß der Feind gestellt werden muß und nicht durch feige Flucht besiegt wird. Oder sollte selbst beim Bolschewismus, wenn seine Gefahr tatsächlich käme, und die für den Bestand unserer Volksgemeinschaft so furchtbar schwer sein könnte, die deutsche Mischelei nicht halt machen, die in allem, was fremd und an das Ausland gemahnt, Schönes findet?

Wir haben an den Ereignissen im Ruhrkohlengebiet genug. Daß das schon mehr als Bolschewismus war, lassen wir wohl in den Tageszeitungen. Aber alle und alles haben wir nicht erfahren. Aber es müßte einmal offen kundgetan werden. Desto besser würden wir die Sozialdemokratie und ihre Früchte: Kommunisten und Spartakisten und wie sie alle noch heißen, erkennen und ihre Bekämpfung annehmen, am besten dadurch, daß wir der christlichen Gefinnung zum Siege verhelfen und werden für die christlichen Gewerkschaften, die ein wahrhaft christlich-soziales Programm haben und die mit ihrer Mitgliederzahl, die schon an die zweite Million kommt, bereits ein gutes Bollwerk für den Kampf gegen den Bolschewismus abgibt. Daß es noch stärker werde, ist eure Aufgabe.

C. D.

### Im sozialdemokratischen Lager

wandelt es doch an manchen Ecken. Die Spaltung in der Partei brachte manches ins Rollen. Auch die Presse kriegt davon mit. Manches kleine Parteiblättchen mußte infolge finanzieller Schwierigkeiten abbauen. Das Organ der

Freiwilligen in der Partei „Die Arbeiterjugend“ befindet sich nach eigener Aussage (Nr. 5 vom 6. März) „finanziell in einer ganz unhaltbaren Lage. Das Blatt weist seit geraumer Zeit ein beträchtliches von Quartal zu Quartal steigendes Defizit auf.“ Und in der Nr. 6 der „Kämpferin“, das Organ der Frauen in der U. S. B., liest man, daß die Frauenkonferenz (die am 15. Februar in Zürich (Schweiz) stattfand) auch zu der Frage Stellung nahm, ob die „Kämpferin“ noch weiter erscheinen soll oder durch Frauenbeilagen in der Parteipresse ersetzt werden soll. Hier handelt es sich auch um die Finanzen.

Ueber die oben erwähnte Konferenz berichtet die „Kämpferin“ ausführlicher. Demnach sieht es garnicht so rosig um die Frauenbewegung in der U. S. B. aus. Man sieht, daß doch noch recht viele nur am Gürtelband hängen, innerlich garnicht dazu gehörend, denn das Blatt schreibt:

Es gibt Orte, an denen die Frauen nur sehr schwer in die Parteiverammlung zu bringen sind. Diese Frauen besuchen aber regelmäßig die Frauengruppenversammlungen. Leider sind ein Teil unserer Arbeiterfrauen keine ausgesprochenen Konfessionslosen. Sie lassen sich leicht entmutigen. Sie interessieren sich wenig für die großen, allgemeinen Fragen, welche die Arbeiterinternationale bewegen und die mit mächtigem Flügelzug an unsere Landesgrenzen pochen. Man ist deshalb gezwungen, die Organisationsform der besonderen Art der Arbeiterfrau anzupassen. Praktisch wie unsere Genossinnen sind, halten sie sehr viel auf Maß- und andere ähnliche Kurse. Durch werden sie an den Versammlungsbesuch gewöhnt; eine Diskussion kann geführt werden, auch wird gelesen und über das Gelesene gesprochen.

Man kann sie, wenn sie zu harmlosen Maßkursen zusammengetrommelt sind, schon eher breit schlagen. — Ja, es ist leichter abzubrechen als aufzubauen. Und das Abbrechen von einst so starken stolzen Säulen unserer Volkskraft lohnt man auch sehr gut bei den U. S. B.-Leuten zu verstehen.

Chr. S.

### Wie die Preise getrieben werden!

Am zweiten Tage der am 18. Februar 1920 ab gehaltenen 7. Berliner Häuteauktion spielten sich einige Vorgänge ab, die bezüglich der Preisbildung für Häute und Felle besonders interessant sind. „Schuh und Leder“ schreibt:

„Zur Auktion gelangten Schafsfelle, Ziegenfelle, Kalbfelle und Felle verschiedener Art. Bei der Versteigerung des ersten Loses wurde ein Gebot abgegeben in Höhe von 38 M. für das Pfund, mithin etwa um 20 Prozent höher als der Durchschnittspreis der Januarauktion war, der 32 M. je Pfund betrug. Bei lebhaftem Gebot stieg der Preis sehr bald auf 65,20 M., was einer Preissteigerung von mehr als 100 Prozent der Januarauktion entspricht. Auch die nächsten Lose wurden fest zu diesem Preise verkauft. Sodann schien die Kauflust etwas abzufallen, und die Preise sanken auf etwa 55 bis 58 M. für das Pfund. — Jetzt trat Herr Generaldirektor Kottler an den Verkaufstisch und führte mündlich etwa folgendes aus:

„Meine Herren! Ich habe das Gefühl, daß bei der heutigen Auktion etwas nicht stimmt. Die Gebote sind zu flau, es scheint mir, als ob Abmachungen getroffen sind, um die Preise zu drücken. Wenn die Gebote nicht flotter erfolgen, werden wir mit der Auktion nicht fertig, wir können dann bis morgen früh hier sitzen. Wir von der Auktionsleitung können nicht zugeben, daß die Häute zu einem Preise verkauft werden, der nicht ihrem Werte entspricht.“

Auch wir haben das Gefühl, daß hier „etwas nicht stimmt“. Sowohl Häute als auch Gerbstoffe, Soehrinde usw. können der ungünstigen Kursverhältnisse wegen aus dem Auslande nicht bezogen werden. Diese Preissteigerung von 80—100 Prozent kann darum nicht damit begründet werden, daß diese Artikel Auslandswaren seien. Bekanntlich ist die Zwangsbewirtschaftung für Leder aufgehoben worden und damit, wie obige Feststellung zeigt, auch einer Preistreibererei wie noch nie zuvor Tür und Tor geöffnet.

### „Mitteilungen der Schlichtungsausschüsse.“

Vom Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse in Württemberg wird seit August 1919 ein Mitteilungsblatt, „Mitteilungen der Schlichtungsausschüsse in Württemberg“, herausgegeben, das nunmehr regelmäßig jeden Monat erscheinen wird. Das Blatt enthält neben Aufsätzen aus dem Gebiet des Arbeitsrechtes Gesetzesauslegungen des Reichsarbeitsministeriums, die Stellungnahme der Schlichtungsausschüsse Württembergs und Süddeutschlands in häufiger wiederkehrenden Streitfragen sowie Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse von grundsätzlicher Bedeutung überhaupt. Durch das Inkrafttreten des Betriebsarbeitsgesetzes sind wieder eine Reihe von bedeutsamen Fragen an die Oberfläche geworfen worden, auf welche die praktische Handhabung des Gesetzes die beste Antwort gibt.

Die Mitteilungen, die bisher nur einem beschränkten Kreise von Beziehern zugänglich waren und kostenlos verfaßt wurden, sollen jetzt jedermann zugänglich gemacht werden; sie werden aber zum Selbstkostenpreis zu beziehen sein.

Einzelne Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Verbände und örtliche Vereinigungen von solchen, Betriebsräte und Schriftleitungen, welche über die Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse fortlaufend unterrichtet zu sein wünschen, wollen sich umgehend wegen des Bezuges der „Mitteilungen“ an den Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse in Württemberg, Abteilung Statistik und Presse, Stuttgart, Königstraße 18, wenden. Postkarte genügt.

Um den Umfang der herauszugebenden Auflage bemessen zu können, ist sofortige Bestellung dringend erwünscht. Neudruck einer vergriffenen Auflage erscheint bei den heutigen Druckkosten nicht möglich. Der Jahrgang 1919 ist schon vergriffen.

Wie lange noch?

Unstreitig hat die Wohnungsnot in Deutschland einen derartigen Grad erreicht, daß unbedingt alle über-

Aus unserer Industrie.

Südamerika verlangt deutsche Waren.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, sind die südamerikanischen Importeure mit den gelieferten nordamerikanischen Waren-Erzeugnissen durch uns nicht zufrieden.

Ein Miesstreik in der englischen Baumwoll-Industrie.

Die Arbeiter von Lancashire haben neuerdings wieder erhebliche Lohnforderungen gestellt und drohen bei deren Nichtbewilligung mit einem Streik.

Eine Steigerung der deutschen Wollproduktion möglich?

Fachblätter berichten von der Erfindung eines neuen Produktes durch den kürzlich verstorbenen Professor Jung, durch dessen Verwendung bzw. Fütterung der Schafe es möglich werden würde, einen erhöhten Woll-ertrag zu erzielen.

Türkische Wollen für den deutschen Markt.

Die Angebote für türkische Wollen für Deutschland sind in letzter Zeit zahlreicher geworden.

Die Lage des deutschen Wollstoffgewerbes

hat durch die innerpolitischen Vorgänge der letzten Wochen sich eher verschlechtert. Die Unternehmungen der Wollstoff-Industrie sind sehr minimal, da die Preisrückgänge beträchtlich sind.

Aus unserer Bewegung

Ein dringendes Erfordernis

Ist die Gewinnung der Jugend für unsere Bewegung diese Forderung ist so alt wie die Bewegung selbst, und doch muß sie immer wieder erhoben werden, weil bis heute nicht viel zu wenig, in einzelnen Fällen fast nichts geschehen ist.

Sich organisieren

heißt nicht nur den notwendigen Beitrag, weil es nunmal nicht anders geht, zu zahlen, oder hier und da eine Versammlung zu besuchen.

mit, daß all das, was ihnen bisher als feste Wahrheit gelehrt ist, nur eine Vorpiegelung falscher Tatsachen ist.

Da müssen wir denn nun einsehen und dafür sorgen, daß diese jungen Leute schon sofort von uns und durch uns die nötige Aufklärung erhalten.

Dann ist auch eine bessere Führungsnahme mit den bestehenden konfessionellen Jugendvereinen unbedingt notwendig, denn in sehr vielen Fällen treten die aus der Schule Entlassenen fast reiflos dem Jugendverein bei.

Wenn so alle mit Hand ans Werk legen und mit vereinten Kräften zusammenwirken, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, und unsere Bewegung wird wieder frisches Blut erhalten.

Amerkung der Schriftleitung: Den sehr beachtenswerten Vorschlägen des Kollegen können wir nur vollinhaltlich zustimmen.

Mit aller Deutlichkeit haben uns die Vorgänge der letzten Zeit wiederum gezeigt, wie sehr es unsere Pflicht ist, die Jugend für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen und sie sozialwirtschaftlich und sozialhygienisch zu schulen und zu erziehen.

liche Charaktere vermögen die Jugendlichen für die hohen Ideale unserer Bewegung zu begeistern. Bei dieser Gelegenheit möchten wir empfehlend auf die im Christlichen Gewerkschaftsverband erscheinende „Jugend“ hinweisen.

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

An die Mitglieder in Böhmen. Es geht an alle Mitglieder der dringende Ruf: wachet in die höchsten Klassen ein, zu eurem Wohle, denn wir gehen dieses Jahr noch großen Kämpfen entgegen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Goefeld. Der christliche Textilarbeiterverband hielt am 9. April im Saale des kath. Arbeitervereins eine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war, besonders die Arbeiterinnen hatten sich zahlreich eingefunden.

Geierode (Oberreisfeld). Wir gratulieren! Zu der am 26. April 1920 stattfindenden Hochzeitsfeier des Kollegen Michael Fiel und dessen Braut, der Kollegin Mathilde Monzen, bringen die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Besondere Bekanntmachungen.

An die Ortsgruppenvorstände!

Diejenigen Ortsgruppen, welche noch nicht für das erste Quartal 1920 abgerechnet haben, werden dringend ersucht, die Abrechnung umgehend an die Zentrale einzusenden.

Der Zentralvorstand. F. A. B. Otte.

Inhaltsverzeichnis.

Stunde im Frühling. — Artikel: Unsere Matzeier, kein „Fest des Klassenkampfes“. — Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. — Wollschafzucht der deutschen Handelspolitik. — Bodenreform und Heimstättenrecht. — Feuilleton: Geistige Arbeit.

Für die Schlußredaktion verantwortlich: Verh. Bäcker, Düsseldorf 58, Konfordstraße 7.